

# **Die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Region Saar-Lor-Lux**

**Vortrag von Herrn Dr. Jacques Santer, MdEP,  
bei der Deutsch-Französischen Gesellschaft Saar  
am 4. Dezember 2003  
in der Staatskanzlei des Saarlandes**

Meine Damen und Herren,

Die Europäische Union steht kurz vor dem wohl größten Quantensprung in ihrer gut fünfzigjährigen Geschichte, nämlich ihrer Erweiterung nach Osten. Die Osterweiterung, das wird heute gerne vergessen, war seinerzeit schon von den EG-Gründervätern ins Auge gefasst worden. „Nous devons construire l'Europe non seulement dans l'intérêt des pays libres, mais aussi pour pouvoir y intégrer les pays d'Europe orientale, dès qu'après la libération de leur contrainte, ils nous demanderont de les accepter dans la Communauté“, hatte Robert Schuman bereits 1953 verkündet. Heute nimmt diese Vision Gestalt an.

Leider aber hat dieses Vorhaben, das - ähnlich wie die Gründung der EGKS im Jahre 1951 - zu einem *projet mobilisateur* hätte werden können, die Euroskeptiker wieder verstärkt auf den Plan gerufen. Die Osterweiterung ist zu einem Reizthema geworden. Der von den Politikern erwartete Motivationsschub, den sie hätte mit sich bringen sollen, ist ausgeblieben. Es hat kein Aufbäumen

gegeben, es ist kein Ruck durch die EU gegangen. Die Osterweiterung ist vielmehr zu einem umstrittenen Unterfangen geworden.

Allerdings braucht das zunächst niemanden zu erschrecken, denn auch die Einheitliche Europäische Akte, mit der 1986 das EG-Binnenmarkt-Projekt aus der Taufe gehoben wurde, der Maastrichter Vertrag und vor allem die Währungsunion waren zu ihrer Zeit höchst umstrittene Vorhaben und sind heute dennoch wesentliche Bestandteile des *acquis communautaire*, des gemeinsamen Besitzstandes bzw. des gemeinsam Erreichten. Dass über das Projekt EU-Erweiterung politisch „gestritten“ wird, ist eigentlich ein sichtbarer Beleg dafür, dass die Europäische Union ein absolut gesunder und demokratischer Staatenverbund ist, denn nur in *wirklich* demokratischen politischen Entitäten existiert auch eine genuine politische Streitkultur.

Mit Blick auf diese große Aufgabe, die es in den kommenden Jahren zu bewältigen gilt, gab Dänemarks Premierminister Anders Fogh Rasmussen anlässlich der Pressekonferenz zur Präsentation der Schwerpunkte der dänischen EU-Ratspräsidentschaft (16. Juni 2002) folgendes zu Protokoll: „Unsere Präsidentschaft hat eine sehr klar definierte Hauptaufgabe: die Erweiterung. Es geht darum, die erste Runde der Beitrittsverhandlungen abzuschließen.“

Anfang Oktober 2002 hat die Europäische Kommission in ihren sogenannten Fortschrittsberichten dargelegt, welche Länder fit sind für die erste Erweiterungsrunde im Jahr 2004. Bereits Mitte Juni hatte der dänische Außenminister allerdings verlauten lassen, „dass ein verbindlicher Fahrplan für jene Länder erstellt werden soll, die noch etwas mehr Zeit brauchen.“ Für viele war das damals ein relativ eindeutiges Zeichen dafür, dass nicht gleich alle 12 Bewerber (mit dem 13., der Türkei, werden ja bislang noch keine Verhandlungen geführt) zusammen aufgenommen werden sollen.

Dieses Geplänkel erinnert stark an die seinerzeit geführte Debatte über die EU-Staaten, die Mitglied der Währungsunion werden sollten. Es gab damals 15 potentielle Kandidaten. Drei davon (Großbritannien, Schweden und Dänemark) wollten nicht Mitglied werden, andere wiederum erfüllten die sogenannten Konvergenz-Kriterien (noch) nicht. Viele Entscheidungsträger gingen damals davon aus, dass die Währungsunion als „Mini-Currency-

Union“ beginnen würde. Aber es ist dann schlussendlich doch anders gekommen : mit Ausnahme von Griechenland (das heute dazu gehört) sind alle Kandidaten der Währungsunion beigetreten. Und man konnte sich im Sommer 2002 des Eindrucks nicht erwehren, dass es mit der Erweiterung ganz ähnlich gehen würde, sprich : dass nahezu alle Beitrittskandidaten in die EU aufgenommen werden. Heute weiss ich, dass mein Gefühl von damals mich nicht getäuscht hat. Von 12 Anwärtern werden im Mai 2004 zehn Mitglied der EU. Mit den beiden anderen, Bulgarien und Rumänien, wird intensiv weiter verhandelt, und ich bin der festen Überzeugung, dass auch diese beiden Länder in wenigen Jahren Vollmitglied der EU werden können.

Natürlich löst die EU-Osterweiterung, ich habe es bereits gesagt, immer noch keine großen Begeisterungsströme aus, im Gegenteil. Die Argumente der Skeptiker und Gegner sind heute noch die gleichen als vor Jahren schon.

### **Die Argumente der Erweiterungsgegner**

Das Hauptargument derjenigen, die sich generell gegen die Osterweiterung oder aber gegen eine zu schnelle EU-Erweiterung ausgesprochen haben, war der damals noch desolate Zustand der Volkswirtschaften der meisten Kandidatenländer. In den Augen der Erweiterungsopponenten wäre eine Politik des sanften Wandels, wie sie beispielsweise China vollzieht, angebrachter gewesen als die ihrer Meinung nach radikale Schocktherapie, die man den Nationalökonomien der MOE-Staaten zur Vorbereitung auf einen EU-Beitritt geradezu oktroyiert hat

Als weiteres Argument gegen einen EU-Beitritt wurde der Demokratiegrad diverser MOE-Staaten (als Paradigmen wurden immer wieder die Slowakei und Bulgarien genannt) angeführt, der vielen Opponenten als „fraglich“ erschien. Da half auch das Erstellen der sogenannten „Kopenhagener Kriterien“ zunächst nicht viel, weil die Erweiterungsgegner sich nicht von ihrer Überzeugung abbringen ließen, diese Kriterien würde man auf EU-Seite schon großzügig auslegen, wenn sie nur einen schnellen Beitritt zuließen – frei nach dem Motto, der Zweck (Beitritt der MOE-Staaten) heilige die Mittel (generöse Interpretation der Kriterien).

Bemängelt wurde zudem die Tatsache, dass keine Grundsatzdebatte darüber geführt wurde, *welche* Staaten der EU beitreten könnten, wieviel Neuzugänge die EU überhaupt verkraften könnte oder welches letztendlich die Identität der EU wäre.

Kritisiert wurde auch die Verlogenheit, mit welcher die ganze Thematik angegangen wurde (und immer noch angegangen wird). Immer wieder wiesen die Erweiterungsgegner auf die vielen losen Versprechen hinsichtlich des Beitrittstermins und der Kandidatenliste hin. Dadurch seien Hoffnungen in den beitrittswilligen Ländern geschürt worden, die letztendlich die EU selbst unter Druck und Zugzwang gesetzt haben, so dass die Ost-Erweiterung irgendwann zu einer *self-fulfilling prophecy* geworden sei.

### **Ein neues Feindbild**

Nichtsdestotrotz ist die geplante Erweiterung der Europäischen Union nach wie vor ein höchst umstrittenes Unterfangen ist. Viele sehen in ihr mehr eine Gefahr für den eigenen Wohlstand als eine Chance zur Stabilisierung des ganzen Kontinents und zur langfristigen Sicherung des Friedens (auch des sozialen Friedens) in Gesamteuropa.

Die Erweiterung stößt deswegen in einigen EU-Mitgliedstaaten auf das angesichts solcher Denkmuster und Bedrohungsszenarien übliche Betongemisch aus Retizienz, Abneigung und Protektionismus. Vor allem die mittel- und osteuropäischen Staaten werden als real existierende Bedrohung für unseren in Jahrzehnten mühsamer und teilweise harter Arbeit errungenen Wohlstand, für unsere Arbeitsplätze und für die uns bislang zustehenden sozialstaatlichen Leistungen betrachtet. Ein neues Feindbild schält sich heraus: Die ehemaligen fiktiven Klassenfeinde avancieren, noch bevor sie der EU überhaupt beigetreten sind, zu realen Wohlstandssaboteuren.

Es wäre jedoch fatal für die künftige „*entente cordiale*“ in einer erweiterten Union, wenn über die zur Sicherung des Friedens in Gesamteuropa absolut notwendigen Erweiterung der Europäischen Union auch weiterhin mit derart verwerflichen Argumenten debattiert wird. Allein schon aus Respekt vor der Würde der noch jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa, die

sich alle sicher selbst auch eine andere Vergangenheit gewünscht hätten, dürfen wir die Frage der Erweiterung nicht länger ausschließlich aus materieller Sicht betrachten. Wir müssen das Thema „EU-Erweiterung“ in Zukunft verstärkt mit humanistischem Gedankengut angehen und moralischen Denkansätzen den Vorzug vor ökonomischen Grundsätzen geben. Denn die EU-Erweiterung ist nicht primär eine wirtschaftliche Frage, sondern vielmehr eine sozio-kulturelle Angelegenheit. In der sozialen Kultur der Europäischen Union hat insbesondere der Begriff der Solidarität einen ganz festen Platz. Wir dürfen unsere Solidarität mit anderen deswegen nicht zu einer Frage des Geldes verkommen lassen – Solidarität ist und bleibt auch in Zukunft eine Frage des sozialpolitischen Anstandes. Wir können uns nicht unentwegt solidarisch mit unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa erklären, ohne gleichzeitig dazu bereit zu sein, auch den Beweis unserer Solidarität zu liefern. Mehr noch: Wenn wir gegenüber den MOE-Staaten Solidarität üben, dann sind wir auch solidarisch mit uns selbst, denn: Wir entschärfen dadurch die wirtschaftlichen und sozialen Zeitbomben, die unmittelbar an den Grenzen der EU ticken, und deren Detonation wesentlich verheerendere Auswirkungen auf unseren derzeitigen Wohlstand hätte als sie die Erweiterung der Union jemals haben wird.

Deswegen glaube ich, dass der Zeitpunkt nunmehr gekommen ist, dass wir Westeuropäer unsere, ich nenne es mal, „eurozentristische Arroganz“, die wir so lange schon gegenüber den künftigen EU-Mitgliedstaaten an Tag legen, endlich und ein für allemal ablegen. Schließlich sind die stärksten Bewegungen in der Geschichte stets von Ost nach West verlaufen – und nicht umgekehrt.

In diesem Sinne ist dann auch die bevorstehende Ost-Erweiterung der EU keine Europäisierung der ehemaligen Klassenfeinde, sprich: keine Fortführung des Westens im Osten bzw. keine Verwestlichung Osteuropas, sondern die nunmehr hoffentlich definitive Rückkehr der mittel- und osteuropäischen Staaten nach Europa oder, wenn man so will, die Re-Europäisierung Osteuropas als Vorstufe zur Europäisierung Gesamteuropas. Und diese Europäisierung Gesamteuropas scheint mir umso dringender geboten, als die USA seit Jahren schon dabei sind, sich immer mehr von Europa abzuwenden. Die Europäisierung Gesamteuropas aber scheint mir vor allem deshalb eine unabdingbare Notwendigkeit zu sein, damit auch auf europäischer Ebene endlich zusammenwachsen kann, was seit jeher zusammengehört.

Wer vom Zusammenwachsen spricht, könnte dafür auch das in Zeiten der Globalisierung ja wesentlich häufiger vorkommende Wort „Fusion“ verwenden. Als Fusion kann man auch die bevorstehende Erweiterung der EU betrachten. Eine Fusion ist jedoch nicht ohne ein gewisses, schon *ab initio* vorhandenes Grundkapital möglich. Dieses Grundkapital existiert – und zwar schon seit Jahrhunderten. Es ist das gemeinsame Kulturbewusstsein. Oder um es mit den so schönen und passenden Worten von Andrzej Szczypiorski zu sagen: „Es gibt kein Europa ohne die Gotik von Krakau und Prag, ohne Dresdner Zwinger, ohne die Brücken von Budapest und ohne Leipzig, das früher die Hauptstadt des europäischen Buches war.“

Dresden und Leipzig sind bereits Bestandteile der EU. Krakau, Prag und Budapest werden es demnächst auch sein. Damit verrate ich nichts Neues, denn: Die Namen der zehn *beitrittsfähigen* Staaten (8 MOE-Staaten sowie Zypern und Malta), die am 1. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union werden sollen, stehen nunmehr fest. Als Bürger des momentan noch kleinsten EU-Mitgliedstaates (2004 wird dann Malta diesen Part übernehmen) freut es mich besonders, dass es nach der Erweiterung wesentlich mehr kleine als große Staaten in der EU geben wird. Jetzt schon kann man sagen: Die für die künftige EU repräsentative geopolitische Einheit ist sonder Zweifel der Kleinstaat.

Neben der eben erwähnten Liste der *beitrittsfähigen* Staaten gibt es aber noch eine andere Liste, nämlich die mit den Namen der *beitrittswilligen* Länder. Und auch wenn sich die EU-Mitgliedstaaten, die jetzigen und die künftigen, kaum klare Vorstellungen davon haben dürften, wie denn eine Union mit weit über dreißig Mitgliedern denn überhaupt funktionieren und handlungsfähig bleiben soll, so ändert das doch nichts an der Tatsache, dass Bulgarien, Rumänien, Kroatien, die Ukraine, Moldawien (um nur ein paar Beispiele zu nennen) und neuerdings ja auch vor allem die Türkei einen baldigen EU-Beitritt ernsthaft in Erwägung ziehen.

Ferner gilt : die EU hat keine ihrer bisherigen Erweiterungen bislang hundertprozentig verdaut – vor allem nicht auf institutionellem Plan. Aber: alle bisherigen Erweiterungen haben sich bis heute als absolut richtig erwiesen. Zudem ist die Armut irgendeines EU-Anwärters niemals ein

Kriterium zur Nicht-Aufnahme gewesen. Und auch das hat sich im Hinblick auf die Schaffung von Stabilität auf unserem Kontinent als absolut richtig erwiesen.

Das europäische Einigungswerk ist ja nicht ein Selbstzweck, die europäische Integration nicht ein Ziel an sich. Die europäische Integrationspolitik macht nur dann Sinn, wenn sie als wesentlicher Bestandteil einer globalen Zukunftspolitik für das 21. Jahrhundert verstanden wird. Europäische Integrationspolitik hat demnach nur dann eine wirkliche Daseinsberechtigung, wenn die durch sie erreichten Integrationsfortschritte einen konkreten und somit sichtbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität jedes einzelnen Bürgers zu leisten vermögen.

### **Saar-Lor-Lux**

Fakt ist : EU-Europa wächst nicht nur immer enger zusammen, es wird dabei auch immer größer. Aus der ehemaligen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der seinerzeit sechs Staaten angehörten, ist heute eine Europäische Union mit 15 Mitgliedstaaten und 370 Millionen Einwohnern geworden. 2004 werden durch die Erweiterung der EU um acht mittel- und osteuropäische und zwei südeuropäische Staaten (Malta und Zypern) noch weitere 75 Millionen hinzu kommen. So entsteht ein Wirtschaftsraum mit über 455 Millionen Einwohnern.

Derart große geopolitische Einheiten machen den Menschen Angst. Es ist eine doppelte Angst: zum einen die Angst vor der Dimension des Gemeinwesens und zum anderen die nur teilweise berechtigte Angst, dass die verschiedenen Institutionen, die jene Kollektivität repräsentieren (EU-Kommission, Europäischer Rat usw.), eine zu wichtige Rolle in der Konstruktion Europas haben und folglich das kommunale und regionale Machtgefüge gefährden.

„Wenn der moderne Mensch“, so Denis de Rougemont, „in der Angst lebt, weil er das Gefühl hat, dass ihm alles entgleitet und dass sie (der Staat, die Beamten) die alleinige Verantwortung tragen, dann hat dies mit der Dimension der Kollektivität zu tun. Ist diese zu groß, fühlt sich der Mensch unrettbar verloren. Und er hat recht. Um eine humane Gemeinschaft aufzubauen, muss man auch Regionen schaffen. Dann fühlt sich das Individuum verantwortlich und somit wieder frei.“ Mit anderen Worten: Damit der Mensch sich voll entfalten kann, damit er sich als Teil einer

demokratischen Struktur oder Instanz identifizieren kann, sozusagen seinen Platz in der Welt findet, braucht er einen für ihn überschaubaren Lebensraum, der aber durchaus aus sehr heterogenen Parzellen bestehen kann. Wesentlich ist nur, dass dieser Lebensraum eine geographische Dimension hat, die *a priori* niemanden erschrickt, und zudem über einen gewissen gemeinsamen Fundus an Werten, Traditionen usw. verfügt. Die Regionen sind solche überschaubaren Lebensräume. Die Region ist somit - neben der Stadt, der Kommune und anderen ihr untergeordneten Entitäten - der einzige Ort, an dem die Menschen, um Jacob Burckhardt zu zitieren, noch „Bürger in vollem Sinne sein können“. Und es kommt nicht von ungefähr, wenn es im Zusammenhang mit dem künftigen Europa immer heißt, das Europa der Zukunft werde ein „Europa der Regionen“ sein.

### **Das Europa der Zukunft – ein Europa der Regionen**

Wer sich ein Bild davon machen möchte, worauf der europäische Einigungsprozess hinauslaufen könnte, der sollte seinen Blick also nicht unbedingt nur nach Brüssel richten, sondern sich in die Regionen begeben - dorthin also, wo nicht Bürokraten, sondern Bürger jenen Mörtel anrühren, der dem noch recht lockeren Gefüge des gemeinsamen europäischen Hauses von Tag zu Tag mehr Stabilität verleiht. Wer einmal eine der europäischen Grenzregionen besucht, stellt schnell fest, dass Europa hier schon *in nuce* realisiert ist: Schlagbäume spielen hier schon lange keine Rolle mehr, Sprachbarrieren werden auch hier schneller überwunden als anderswo und gerade in den grenzüberschreitenden Regionen waren die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes oft schon verwirklicht, bevor sie in der Einheitlichen Europäischen Akte überhaupt fest geschrieben waren, insbesondere jene der Freizügigkeit der Arbeitnehmer.

Vor einem halben Jahrhundert wurde Denis de Rougemont, der bislang vielleicht bedeutendste Anwalt eines Europa der Regionen, immer wieder gefragt, ob Regionen denn tatsächlich notwendig seien. Heute steht fest: Ohne die Regionen hat das Europa, dessen Integration seit über fünfzig Jahren erfolgreich vorangetrieben wird, kaum eine Zukunft. Wieso? – Ich glaube, es gibt dafür vornehmlich drei Gründe:

- In den 1950er Jahren und bis etwa Mitte der 1960er Jahre war Europa das Zauberwort schlechthin. Im Laufe der Jahre aber ist es immer mehr zu einem Reizwort geworden – insbesondere in den Hauptstädten der einzelnen EU-Mitgliedstaaten und in den großen Metropolen. In den grenzüberschreitenden Regionen, die sich im Laufe der letzten fünfzig Jahre immer wieder als ausgezeichnete Versuchslabore für die zukünftige Entwicklung der europäischen Integration erwiesen haben, aber ist Europa stets Synonym von Hoffnung gewesen. Hier wissen die Menschen, was Europa ihnen „gebracht“ hat. Nirgendwo sonst besitzt man längere Erfahrung auf dem Gebiet der internationalen oder zwischenstaatlichen Zusammenarbeit als in den grenzüberschreitenden Regionen. Der von Erich Kästner beschriebene „kleine Grenzverkehr“ war in diesen Regionen schon lange Realität, bevor man sich auf EG-Ebene anschickte, einen gemeinsamen Binnenmarkt zu errichten. Das Europa der Regionen ist somit zur „Vision eines Europas jenseits bürokratischer Rigiditäten“ geworden. Und je größer (und damit unüberschaubarer) die Europäische Union wird, desto größer wird auch die Attraktivität der Regionen – frei nach der Devise: Lieber ein Europa der regionalen Bodenhaftung als ein Europa der supranationalen Abgehobenheit. Auch die Väter der EU-Verfassung, sprich die Mitglieder des Konvents, haben dieser politischen Gegebenheit Rechnung getragen und das bereits 1991 im *Vertrag von Maastricht* verankerte Subsidiaritätsprinzip zu einem Schlüsselbegriff der künftigen EU-Verfassung gemacht, da eine Stärkung der Eigenverantwortlichkeit von Regionen den kooperativen Föderalismus fördert. Mit anderen Worten: Um die Stabilität des Gesamtsystems (EU) zu sichern, soll die Bedeutung der Regionen durch die Zuweisung eigener politischer Verantwortung gestärkt werden.
- Mehr noch als Europa selbst, sind die Regionen die Heimat der Vielfalt. Nirgendwo sonst wird diese immense kulturelle Vielfalt so sichtbar wie in den grenzüberschreitenden Regionen. Sicher: Kritiker eines Europa der Regionen - es gibt sie heute vor allem in größeren, nicht föderal organisierten Staaten - behaupten gerne, Regionen, vor allem grenzüberschreitende Regionen, seien artifizielle Konstrukte oder, um mit Benedict Anderson zu sprechen, „imagined communities“, eingebildete Gemeinschaften. Die grenzüberschreitende Großregion SaarLorLux aber beispielsweise ist, trotz des höchst unterschiedlichen territorialen und konstitutionellen Status‘ ihrer Teilregionen - von der

Département-Ebene (Lothringen) bis hinauf zum souveränen Mitgliedstaat (Luxemburg) - sozusagen das Paradigma eines überschaubaren, multikulturellen Kooperationsraumes. Die Großregion SaarLorLux bildet trotz der in den einzelnen Teilregionen vorhandenen Vielfalt eine Einheit, eine auf gemeinsamen historischen Erfahrungen und Traditionen beruhende Schicksals- und Wertegemeinschaft. Und genau das lässt sie nach und nach auch zu einer (geo-)politischen Einheit werden, deren Akteure gewillt sind, in immer erheblicherem Maße auch wirtschaftspolitische Zuständigkeiten wahrzunehmen, also Zuständigkeiten, die sich auf das Wirtschaftsleben der gesamten Region und die Entscheidungen ihrer wirtschaftlichen Akteure auswirken.

- Für den Aufstieg der grenzüberschreitenden Region zur repräsentativen geopolitischen Entität des 21. Jahrhunderts und die daraus resultierende Propagierung der transnationalen Region als Inkubator von Lern- und Innovationsprozessen mit ihren Agglomerationsvorteilen und Skalenerträgen (Hochschulen und Forschungseinrichtungen, implizites Know-How, kreative Milieus, Beteiligungs- und Fremdkapitalgeber, Industriedistrikte usw.) unabhängig von administrativen Grenzen sprechen nicht zuletzt die jüngsten Erkenntnisse der neueren Regionalökonomie (= Standorttheorie). Die neueren regionalökonomischen Konzepte und Theorien sind durch Erkenntnisse aus der Innovationsökonomik beeinflusst, nach denen Innovation kein linearer, sondern ein evolutionärer, kumulativer und rückgekoppelter Prozess ist, der sich nur im Zusammenwirken und in der ökonomischen und sozialen Interaktion unterschiedlicher Akteure realisieren lässt und im Ergebnis technologische, organisatorische und soziale Neuerungen erzeugt.

Deswegen sollten bei der Abgrenzung von Regionen keineswegs administrative Gesichtspunkte im Vordergrund stehen. Primär aus einer funktionalen bzw. relationalen Perspektive (=räumliche Homogenität, Gemeinsamkeiten im sozio-ökonomischen Kontext) erfolgt zur Realisierung funktionsfähiger Netzwerke eine Abgrenzung. Dadurch kann eine regionale Wachstumsdynamik (innovative regionale Wachstumskerne) induziert werden, die wiederum Wissensspillovers und Synergieeffekte (allgemein: positive externe Effekte = soziales Kapital) generiert.

So greift das Konzept des sozialen Kapitals den aus der Systemtheorie bekannten Zusammenhang auf, dass die Wirkung eines Ganzen größer sein kann als die Summe seiner Einzelteile – und zwar infolge der Beziehungen zwischen den Einzelbestandteilen. Das Konzept des sozialen Kapitals thematisiert eine Ressource, die sich im Unterschied zu Sach- und Humankapital nicht in der Verfügungsgewalt eines einzelnen Akteurs oder einer einzelnen Organisation befindet, sondern in der Beziehung zwischen den Akteuren besteht und somit nur in Abhängigkeit von Partnern mobilisiert werden kann. In Netzwerken zwischen regionalen Akteuren, die zu Kommunikations-, Abstimmungs- und Lernprozessen zwischen Unternehmen führen (*Win-win*-Situation) bewirkt soziales Kapital eine Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit.

Der Aufbau strategischer Wertschöpfungspartnerschaften stellt auf regionaler Ebene einen wichtigen Erfolgsfaktor dar. Durch diese strategischen Partnerschaften wird in der Regel auch die regionale Wertschöpfungstiefe erhöht. Aus welchem Grund sollten diese strategischen Allianzen an den Landesgrenzen halt machen? Es läßt sich empirisch belegen, dass Firmen, die über eine grenzüberschreitende Vernetzung innerhalb einer Euroregion verfügen, nach Umsatz und Beschäftigung sich besser entwickelt haben als national verflochtene Unternehmen und dass Kooperationen zwischen zwei benachbarten Grenzregionen ökonomisch besonders tragfähig sind.

Durch eine grenzüberschreitende Kooperation können Agglomerationsvorteile genutzt werden: Im Internet-Zeitalter kann explizites Wissen, das kodifiziert oder in Publikationen bzw. Datenbanken vorliegt, weltweit erworben werden. Durch räumliche Ballung und (grenzüberschreitende) Integration lässt sich zusätzliches Wissen generieren. Räumliche Nähe fördert somit die Innovations- und Wachstumsdynamik. In der Frühphase von Innovationsprozessen ist ein Teil des Wissens noch nicht dokumentiert, sondern nur in den Köpfen der Akteure vorhanden (*tacit knowledge*, implizites Wissen). Dieses lokal entstandene Wissen lässt sich über regionale Netzwerke durch interpersonellen Austausch übertragen. Durch die räumliche Ballung unterschiedlicher Akteure können positive externe Effekte (Wissensspillovers) entstehen. Innovierende Unternehmen erhalten von anderen

forschenden Unternehmen oder öffentlichen Forschungseinrichtungen der Region technologisches Wissen, ohne sich an den Kosten zu beteiligen, die für die Generierung des Wissens entstehen. Selbst das Wissen liefernde Unternehmen kann von der zunächst unentgeltlichen Übertragung profitieren, wenn der Prozess in ein regionales Netzwerk eingebunden ist und es von den initiiierenden Lernprozessen profitiert. Positive Effekte können aber nur dann entstehen, wenn das Wissen empfangende Unternehmen in der Lage ist, dieses Wissen zu verwerten und durch eigene Beiträge weiterzuentwickeln. Bei der Förderung dieser absorptiven Kapazitäten spielen die Hochschulen und die Politik eine wichtige Rolle.

Zu bedenken ist von der ökonomischen Perspektive auch, dass die Größe einer Region oft mit der Attraktivität für Investoren und hochqualifizierten Arbeitnehmern (*brain drain*) korreliert und eine kritische Masse an Beschäftigungsmöglichkeiten, Einzelhandelsumsätzen, weichen und harten Standortfaktoren auf regionaler Ebene vorgehalten werden muss. In diesem Zusammenhang spielen auch innovative Umweltbedingungen eine Rolle. Die Existenz eines innovativen Milieus ist nach Auffassung der Groupe de Recherche Européen sur les Milieux Innovateurs (GREMI) eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung und das Wachstum innovativer Unternehmen sowie für die Dynamik kreativer Regionen. Durch eine "Großregion" lässt sich ein komplexes territoriales System von formalen und innovativen Netzwerken als konstitutives Element eines innovativen Milieus aufbauen, das wechselseitige wirtschaftliche und technische Abhängigkeiten aufweist und fähig ist, synergetische und innovative Prozesse zu initiieren.

Konstitutive Elemente eines innovativen Milieus sind weiter: Die regionale Abgegrenztheit der Netzwerke, um *Face-to-face*-Kontakte und eine innovationsorientierte Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik realisieren zu können, sowie die Identifikation der Akteure mit ihrer Region: Aufgrund gemeinsamer kultureller Werte besteht ein regionales Gemeinschaftsgefühl. Dieses Milieu-Bewusstsein vertieft nach innen die auf Vertrauen und Reziprozität beruhende Zusammenarbeit der regionalen Akteure und stärkt nach außen das Image der Region.

## Schluss

Die repräsentative geopolitische Einheit für das Europa des 21. Jahrhunderts wird die grenzüberschreitende Großregion sein. Wenn wir uns dessen einmal bewusst sein werden, und wenn diese eigentlich recht simple Erkenntnis auch ins Bewusstsein der Menschen in den Regionen vorgedrungen ist, dann steht einer neuen Blütezeit der grenzüberschreitenden Kooperation (auf *regionaler* Ebene) nichts mehr im Wege.

Wenn das künftige Europa tatsächlich ein Europa der Regionen sein wird, wie immer wieder und allenthalben behauptet wird, dann ist es von eminenter Wichtigkeit, dass sich die Region, aus der wir kommen, rechtzeitig in diesem Europa der Regionen (das in jedem Fall auch auf grenzüberschreitenden Einheiten aufbauen muss) positioniert. Und zwar so, dass sie sich im Laufe der nächsten Dekade zu einer wahrhaften Modell-Region entwickelt – zur EU *in nuce*, sozusagen. Ein derart präventives Vorhaben erfordert natürlich die Bereitschaft aller Interessierten und Involvierten, in den kommenden Jahren fest an einem Strang zu ziehen, um den Kooperationsraum SaarLorLux zu einer solchen Vorzeige-Region zu machen. Es muss sozusagen zu einer mentalen Mobilmachung in der Großregion kommen, es muss ein Ruck durch die gesamte Region Saar-Lor-Lux gehen. Mit anderen Worten : wir müssen so etwas wie einen neuen Gründungsrausch erzeugen.

Wenn wir dazu fähig sind, dann brauchen wir uns hier in diesem wahrhaft europäischen Raum keine großen Sorgen über die EU-Osterweiterung zu machen.